

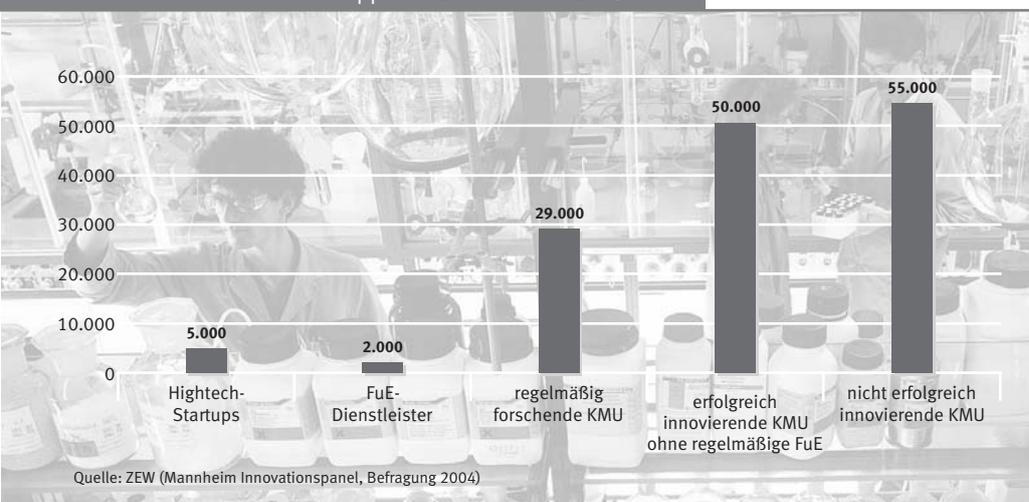
Innovationspotenzial von KMU nutzen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind eine zentrale Stütze des Innovationsgeschehens in Deutschland. In den vergangenen Jahren hat ihre Innovationsleistung jedoch nachgelassen. Hierfür werden von den Unternehmen zum Teil ganz unterschiedliche Innovationshemmnisse verantwortlich gemacht. Dies spiegelt die große Heterogenität des KMU-Sektors wider. Eine aktuelle Studie des ZEW gemeinsam mit der KfW Bankengruppe beschreibt, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen geeignet wären, um die Rahmenbedingungen für Innovationsaktivitäten in den unterschiedlichen Gruppen von KMU zu verbessern.

rungen im Innovationsbereich sind die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung sowie die Erschließung von Absatzmärkten für ihre oft durch radikale Innovationen gekennzeichneten Produkte. Für sie ist ein funktionierender Wagniskapitalmarkt sowie eine Entlastung bei den Forschungskosten (z.B. durch Zuschüsse für FuE-Projekte) zentral.

FuE-Dienstleister sind ältere Unternehmen (zumindest fünf Jahre, in der Regel über zehn Jahre alt) mit einer sehr hohen FuE-Quote von 25 Prozent und mehr (im Mittel sogar über 50 Prozent). Zu ihnen zählten im Jahr 2003 etwa 2.000 Unternehmen in Deutschland. Sie sind auf die Nachfrage nach FuE-Dienstleistungen aus der Industrie angewiesen und hängen daher von den FuE-Zyklen in ihren Abnehmerbranchen ab. Zu einem Problem könnte für FuE-Dienstleister die stärkere Förderung von FuE-Kooperationen zwischen Unternehmen und der Wissenschaft sein, falls diese auf anwendungsnahe FuE ausgerichtet ist, denn dann träten Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen verstärkt als (subventionierte) Konkur-

Unternehmen nach KMU-Gruppen in Deutschland 2003



Quelle: ZEW (Mannheim Innovationspanel, Befragung 2004)

In den vergangenen Jahren ist der Anteil der erfolgreich innovierenden Unternehmen an allen KMU sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch in den wissensintensiven Dienstleistungen von etwa 66 Prozent Ende der 1990er Jahre auf 58 Prozent im Jahr 2003 zurückgegangen. Dadurch nahm die Anzahl der erfolgreich innovierenden KMU um rund 10.000 auf nunmehr 83.000 ab.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es eine dringende Aufgabe der Wirtschaftspolitik, den nachlassenden Innovationsaktivitäten von KMU entgegenzuwirken. Dabei ist zu berücksichtigen,

dass KMU keine homogene Gruppe sind. Eine Analyse der ZEW-Innovationserhebung sowie von Daten der KfW Bankengruppe zu Innovationsaktivitäten, -barrieren und -potenzialen zeigt, dass zumindest fünf KMU-Gruppen unterschieden werden können.

Hightech-Startups sind junge Unternehmen (je nach Branche maximal fünf bis zehn Jahre alt) mit einer sehr hohen FuE (Forschung und Entwicklung)-Quote (mindestens 10 Prozent des Umsatzes, im Mittel über 40 Prozent). Im Jahr 2003 gab es in Deutschland rund 5.000 Hightech-Startups. Die größten Herausforde-

IN DIESER AUSGABE

Innovationspotenzial von KMU nutzen	1
Banken als Ziel von Auslandsinvestoren	2
50 Prozent der Dienstleister verkaufen ihre Leistungen auch ins Ausland	3
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	4
ZEW-Konferenz	5
Neuerscheinungen, Termine	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

renten im Markt für FuE-Dienstleistungen auf.

Regelmäßig forschende KMU stellen mit rund 29.000 Unternehmen im Jahr 2003 den Kern der technologieorientierten KMU in Deutschland dar. Ihre FuE-Aufwendungen von über drei Milliarden Euro pro Jahr repräsentieren deutlich über 50 Prozent der gesamten FuE-Aufwendungen im deutschen KMU-Sektor. Sie sind die Hauptnutzer der meisten der auf KMU abzielenden innovationspolitischen Programme von Bund, Ländern und EU. Zusätzliche Maßnahmen zur besseren Nutzung der Innovationspotenziale in dieser KMU-Gruppe sollten in erster Linie bei jenen forschenden KMU ansetzen, die als „Grenzproduzenten“ innerhalb dieser Gruppe vor dem Rückzug aus FuE-Aktivitäten stehen, da sie sich aus einer Fortführung von FuE geringere künftige Erträge versprechen. Da es schwierig ist, solche Unternehmen im Rahmen einer Einzelprojektförderung zu identifizieren,

empfehlen sich indirekte Förderinstrumente. Eine steuerliche FuE-Förderung oder an den Personalkosten ansetzende Maßnahmen wären hierzu geeignet.

Erfolgreich innovierende KMU ohne regelmäßige FuE-Tätigkeit stellten im Jahr 2003 mit gut 50.000 Unternehmen über die Hälfte aller KMU mit Innovationsaktivitäten. Sie sind typischerweise „imitierend“ innovativ tätig, indem sie Innovationen anderer Unternehmen aufgreifen und – oft kundenspezifisch angepasst – im Markt verbreiten. Die Stimulierung der Innovationspotenziale dieser KMU-Gruppe muss mehrere Ziele verfolgen: Erstens gilt es, Anreize für eine kontinuierliche FuE-Tätigkeit zu schaffen. Dies kann durch in die Breite wirkende, indirekte Förderinstrumente sowie durch eine spezifische FuE-Einstiegsförderung (z.B. über Personalkostenentlastung) erfolgen. Ein zweites wichtiges Ziel ist die Schaffung von Anreizen für innovierende KMU, aus Inno-

vationsaktivitäten nicht auszusteigen. Hierfür sind neben günstigen Absatzerwartungen vor allem die Verfügbarkeit und der Preis von für Innovationsaktivitäten kritischen Faktoren, insbesondere qualifiziertem Personal und Fremdkapital, entscheidend.

KMU ohne erfolgreiche Innovationen sind aktuell mit fast 55.000 Unternehmen die zahlenmäßig größte KMU-Gruppe. Sie sind im Schnitt kleiner (rund 60 Beschäftigte) und weisen eine niedrigere Profitabilität auf als die anderen KMU-Gruppen. Der größte Teil dieser KMU (85 Prozent) beschäftigte sich innerhalb eines Dreijahreszeitraums weder mit Produkt- noch mit Prozessinnovationen. Positive Absatzerwartungen, steigende Gewinne und die Verfügbarkeit von günstigen Fremdfinanzierungsmitteln sind die zentralen Faktoren für diese KMU, wenn es um die Entscheidung geht, Innovationsaktivitäten aufzunehmen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Banken als Ziel von Auslandsinvestoren

Ausländische Investoren engagieren sich zunehmend mit Mehrheitsbeteiligungen an deutschen Unternehmen. Diese Übernahmen erregen in der Öffentlichkeit großes Interesse. Mitarbeiter, Kunden und Politiker sind verunsichert, da sie vielfach den Hintergrund und die Motive der ausländischen Investoren nicht einschätzen können. Auch die Investoren stehen vor einer schwierigen Aufgabe, denn sie müssen ihre Engagements in Deutschland über nationale und kulturelle Grenzen hinweg organisieren und integrieren. Das ZEW hat im Rahmen des Finanzmarkttests 213 Finanzexperten aus dem In- und Ausland nach der Bedeutung von Übernahmen deutscher Unternehmen durch ausländische Investoren befragt.

Nach Einschätzung der befragten Finanzmarktexperten ist derzeit der deutsche Bankensektor das primäre Übernahmeziel ausländischer Investoren. Mit 56 Prozent ist sich mehr als die Hälfte der Befragten einig, dass hier attraktive Optionen bestehen und gleichzeitig aussichtsreiche ausländische Käufer in den Startlöchern stehen, um diese Optionen wahrzunehmen. Diese Einschätzung ist sicherlich zu einem großen Teil von der

Akquisition der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank durch die italienische Uni-Credito beeinflusst. Als weitere Zielbranchen der internationalen Kaufinteressenten folgen – mit großem Abstand – der Chemie- und Pharmasektor (12 Prozent) und der Maschinenbausektor (11 Prozent).

Die Wunschinvestoren kommen für die befragten Finanzmarktanalysten aus den Vereinigten Staaten. Jeder zweite

der Befragten begrüßt derartige transatlantische Übernahmen in Deutschland. US-Investoren sind sogar beliebter als die europäischen Nachbarn Österreich und Frankreich, die auf den Plätzen zwei und drei rangieren. Nur jeder fünfte Finanzmarktexperte befürwortet dagegen japanische Engagements in Deutschland. Anscheinend sind die kulturellen Barrieren zu Japan immer noch hoch. Ähnliches gilt für China. Die Probleme, die sich aus den Unterschieden in Sprache, Management- und Führungsverhalten ergeben, überwiegen wohl auch hier die Wachstumschancen und Synergiepotenziale. So heißen Mehrheitsbeteiligungen aus dem Land der Mitte lediglich acht Prozent der befragten Finanzmarktexperten gut. Damit liegt China knapp vor Russland (sieben Prozent).

Wolfgang Sofka, sofka@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

50 Prozent der Dienstleister verkaufen ihre Leistungen auch ins Ausland

Knapp drei Viertel der Dienstleister der Informationsgesellschaft müssen sich auf ihrem Heimatmarkt gegen ausländische Konkurrenz behaupten, und etwa die Hälfte von ihnen ist selbst auf Auslandsmärkten tätig. Um im Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz bestehen zu können, setzen die Unternehmen des Wirtschaftszweigs vor allem auf Produktinnovationen.

Im dritten Quartal 2005 berichten knapp drei Viertel der Dienstleister der Informationsgesellschaft, dass sie sich auf ihren heimischen Märkten auch gegen ausländische Konkurrenz behaupten müssen. Mit jeweils mehr als 80 Prozent ist der Anteil der Unternehmen, die mit ausländischen Firmen konkurrieren, in der Telekommunikation, in der Forschung und Entwicklung, bei EDV-Dienstleistern und -Vermietern sowie in der technischen Beratung und Planung überdurchschnittlich hoch. Am geringsten ist der Anteil der Unternehmen, die angeben, dass sie mit ausländischen Firmen konkurrieren, bei den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern, mit knapp zehn Prozent.

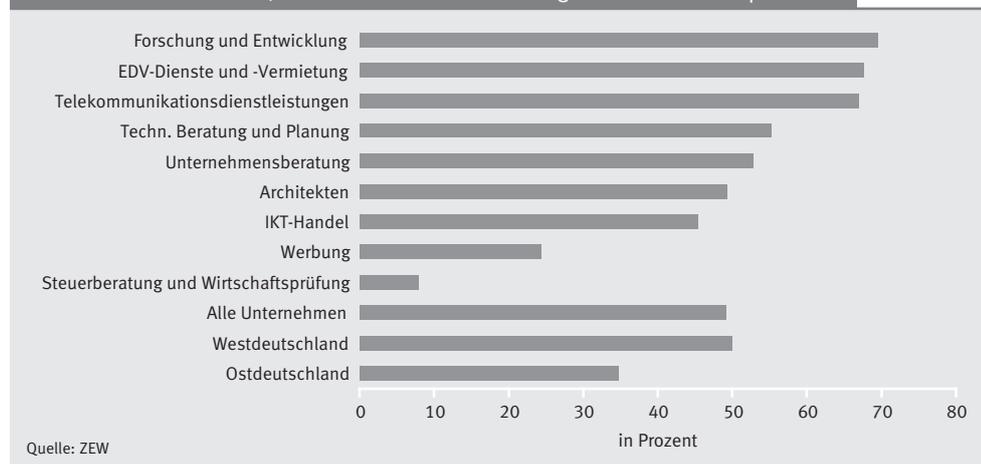
Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im September und Oktober 2005 durchgeführt hat. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.000 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Bera-

tung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Die Exportfähigkeit der von den Dienstleistern der Informationsgesellschaft angebotenen Dienstleistungen zeigt sich aber nicht nur an der Präsenz ausländischer Anbieter am deutschen

Markt, sondern zudem an der Exportfähigkeit deutscher Dienstleister. So geben im dritten Quartal 2005 etwa 50 Prozent der Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs an, dass sie ihre Dienstleistungen ins Ausland verkaufen. Am höchsten ist der Anteil exportierender Unternehmen im dritten Quartal 2005 mit knapp 70 Prozent in der Forschung und Entwicklung. Auch bei den EDV-Dienstleistern und Vermietern sowie bei den Telekommunikationsdienstleistern exportieren überdurchschnittlich viele Unternehmen ihre Leistungen ins Ausland (jeweils mehr als 65 Prozent). Am geringsten ist der Anteil der exportierenden Firmen wiederum bei den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern mit knapp acht Prozent. Insgesamt ist allerdings in allen Branchen des Wirtschaftszweigs der Anteil der exportierenden Unternehmen geringer als der Anteil der Unternehmen, die berichten, dass sie am deutschen Markt mit ausländischen Firmen konkurrieren.

Anteil der Unternehmen, die 2005 ihre Dienstleistungen ins Ausland exportieren



Unternehmen, die zwischen Herbst 2004 und Herbst 2005 Produktinnovationen durchgeführt haben, beträgt mehr als 60 Prozent.

Unternehmen, die zwischen Herbst 2004 und Herbst 2005 Produktinnovationen durchgeführt haben, beträgt mehr als 60 Prozent.

Unternehmen begegnen dem Wettbewerb mit Innovationen

Neben Produktinnovationen bieten Prozessinnovationen, also der Einsatz neuer oder wesentlich verbesserter Technologien in der Dienstleistungserstellung, den Dienstleistern der Informationsgesellschaft die Möglichkeit, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Im dritten Quartal 2005 geben mehr als 70 Prozent der Dienstleister der Informationsgesellschaft an, dass sie zwischen Oktober 2004 und Oktober 2005 mindestens eine Prozessinnovation eingeführt haben. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Vorjahresquartal um mehr als 10 Prozentpunkte gestiegen.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

Wirtschaftspolitische Alternativen der Gewerkschaften

In der ZEW-Vortragsreihe *Wirtschaftspolitik aus erster Hand* sprach der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, über die wirtschaftspolitischen Alternativen der Gewerkschaften. Zu der Veranstaltung konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz rund 150 Teilnehmer am ZEW begrüßen.

In seiner Beschreibung der Ausgangslage stellt Sommer zu Beginn seines Vortrags nüchtern fest, dass es den wirtschaftspolitischen Akteuren in Deutschland seit nunmehr fünf Jahren nicht mehr gelingt, über ein höheres Wirtschaftswachstum die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und soziale Sicherheit zu schaffen. Folge hiervon sind ein Anstieg der Anzahl der Arbeitslosen auf fünf Millionen und ein kritischer Zustand der sozialen Sicherungssysteme. Während diese Beschreibung der deutschen Problemlage nicht strittig sei, so der Gewerkschaftschef, gingen die Vorstellungen dazu, wie diesen Problemen beizukommen sei, erheblich auseinander.

Die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände sowie große Teile der Wissenschaft und der Medien, so Sommers Analyse, seien fest davon überzeugt, dass in Deutschland nur durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts und massive Einschnitte in die Systeme der sozialen Sicherung eine Wende zum Besseren zu erreichen sei. Aus Sicht des Gewerkschafters handelt es sich bei diesen Problemlösungsvorschlägen allerdings zum Teil nur um wortgewaltig aufgebaute Chimären. So werde beispielsweise immer wieder gefordert, den Kündigungsschutz zu lockern, um Neueinstellungen von Arbeitnehmern durch die Betriebe zu fördern. Dabei gebe es in diesem Bereich schon erhebliche Flexibilisierungsmöglichkeiten. Darüber hinaus seien in den vergangenen Jahren Lohnersatzleistungen gesenkt und Tarifbindungen ge-



DGB-Chef Michael Sommer bei seinem Vortrag am ZEW

lockert worden. Doch als Ausweg aus der Krise hätten sich diese Maßnahmen bis heute nicht erwiesen.

Deregulierung des Arbeitsmarkts ist kein Allheilmittel

Für den DGB-Chef stellen die Forderungen nach Deregulierung des Arbeitsmarkts und noch stärkerem Rückschnitt der sozialen Sicherungssysteme mitnichten das Heilmittel für die Lösung der deutschen Krise dar. So habe sich in den vergangenen Jahren in Ländern mit einer im Vergleich zu Deutschland erheblich strikteren Arbeitsmarktregulierung wie Schweden, Norwegen oder Österreich die Lage am Arbeitsmarkt deutlich besser entwickelt. Für Sommer ist dieser Ansatz zur Dynamisierung der deutschen Wirtschaft daher nicht zielführend. Vielmehr sieht er die wesentliche Ursache für die fortdauernde Krisensituation in Deutschland in der nun schon seit Jahren anhaltenden Schwäche der Binnenkonjunktur.

Aus dieser Diagnose zieht Sommer den Schluss, dass sich Deutschland kon-

junkturpolitische Abstinenz nicht länger leisten könne. Gerade in einer Krise komme staatlichen Investitionen eine wichtige Initialfunktion zu, um Engpässe bei privaten Investitionen aufzulösen. Und Bedarf für öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder Forschung gebe es genug. Die Fehlsteuerung sei doch heute, dass viel zu viel Geld in die Arbeitslosigkeit fließe und zu wenig in Bereiche, in denen Arbeit entstehen könne.

Dem Aufbau einer immer höheren Staatsverschuldung wolle er damit aber nicht das Wort reden, betont Sommer. Vielmehr müsse sich der Staat

nach dem Ende einer wirtschaftlichen Krise wieder zurücknehmen und große Anstrengungen unternehmen, die angehäuften Schulden zu verringern. Zwar sei dies für die Politik nicht einfach, aber es sei ihre Pflicht gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Zur Lösung der enormen Probleme bei den sozialen Sicherungssystemen regt Sommer an, darüber nachzudenken, wie die nicht personalbezogene Wertschöpfung hierzu nutzbar gemacht werden könne. Es gehe nicht an, dass der personalintensive Betrieb sich in hohem Maße an der Finanzierung der sozialen Lasten beteiligen müsse, während der Betrieb mit wenig Personal hierzu kaum etwas beitrage. Über eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialsysteme müsse daher diskutiert werden.

Zum Abschluss seines Vortrags forderte Sommer dazu auf, eine wirtschaftspolitische Strategie zu entwickeln, die staatliche Regulierung, einen leistungsfähigen Sozialstaat und eine leistungsfähige Volkswirtschaft nicht länger als Gegensätze begreift.

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

ZEW-KONFERENZ

Zweite ZEW-Konferenz zur Ökonomie von Innovationen und Patenten

Am 19. und 20. September 2005 veranstaltete das ZEW zum zweiten Mal eine Konferenz zur Innovations- und Patentforschung. Knapp 100 Wissenschaftler präsentierten neue Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet. Vorträge von acht eingeladenen Referenten und 38 Vorträge im Rahmen von Parallelsitzungen zu empirischen, theoretischen und experimentellen Arbeiten regten die Diskussion unter den Teilnehmern an. Einige Teilnehmer sind dem ZEW bereits durch Kooperationen verbunden. Darüber hinaus konnten Stuart Graham (Georgia Institute of Technology) und Andrew Toole (Rutgers University) für Forschungsaufenthalte am ZEW in den kommenden Monaten gewonnen werden. Das Europäische Patentamt, die Fritz Thyssen Stiftung und INIR (International Network for Innovation Research) unterstützten die ZEW-Konferenz finanziell.

Neue Entwicklungen bei der Anmeldung von Patenten

Einer der für die Plenumsvorträge eingeladenen Sprecher war Dominique Guellec, Chefökonom des Europäischen Patentamts. Er berichtete über die neuesten Entwicklungen bei der Anmeldung von Patenten und ihrer Prüfung. Alfonso Gambardella (Universität Bocconi) stellte Möglichkeiten vor, mit Hilfe von öffentlich verfügbaren Daten den Wert von Patenten zu ermitteln. Dabei sind die Zitationen – also die Bezugnahme auf ein bestehendes Patent innerhalb einer Patentschrift – ein wichtiges Kriterium. Die institutionellen Rahmenbedingungen und das Zustandekommen von Zitationen waren Inhalt des Vortrages von Dietmar Harhoff (Universität München). Ein weiterer wichtiger Bestimmungsfaktor für den Wert eines Patentes ist die Person des Erfinders. Manuel Trajtenberg (Universität Tel Aviv) untersuchte die Mobilität von Erfindern, die in Patentschrif-

ten eingetragen sind. Es zeigt sich, dass erfolgreiche Erfinder abgeworben werden und viele europäische Erfinder in die Vereinigten Staaten auswandern. Eine weitere Untersuchung über die Produktivität von Erfindern an Universitäten präsentierte Mike Wright (Universität Not-



Alfonso Gambardella, Universität Bocconi

tingham). Sein Vergleich von Technologietransfer-Büros zeigte, dass US-amerikanische Universitäten im Durchschnitt produktiver sind als britische.

Die Themen der Plenarvorträge wurden in den Parallelsitzungen vertieft, wobei auch Referenten eingeladen waren, die sich theoretischer und experimenteller Methoden bedienen. Diese Papiere befassten sich mit dem strategischen Verhalten von Unternehmen im Umgang mit geistigem Eigentum oder der effizienten Ausgestaltung des Patentwesens. Die Nutzung von Patenten als Instrument, um Konkurrenten zu blockieren, griffen mehrere Vorträge auf. Die empirischen Arbeiten umfassten sowohl länderspezifische Analysen von Einflussfaktoren auf die Innovationsaktivität als auch Beiträge über das Lizenzierungsverhalten, über Patentstrategien, über Entwicklungspfade des Innovationsverhaltens und über die Auswirkungen von Innovationstätigkeit auf Arbeitsmärkte oder Außenhandel.

Zwei weitere Themengebiete waren Inhalt mehrerer Papiere. Der erste The-

menbereich handelte von gerichtlichen Auseinandersetzungen bei Patentstreitigkeiten. Ihre Häufigkeit nimmt zwar zu, aus der Vielzahl an institutionellen und ökonomischen Faktoren konnten aber noch keine robusten Ergebnisse für die Ursachen dieses Anstieges nachgewiesen werden, da im gleichen Zeitraum die Anzahl der Patenterteilungen dramatisch gestiegen ist. Der zweite Themenbereich befasste sich mit der Bewertung von Patenten. Dabei stellten die Autoren vor allem auf bewährte Indikatoren wie Zita-



Dominique Guellec, Europäisches Patentamt

tionen, Größe einer Patentfamilie und Anzahl der unabhängigen Ansprüche ab. Andere Arbeiten konzentrierten sich auf die Person des Erfinders. Daten aus Lebensläufen von Erfindern sollen die Zahl und die Qualität der Patente erklären.

Bilanzierung von Patenten

Zum Konferenz-Abendessen hielt Rezzo Schlauch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit und Mitglied des Aufsichtsrats des ZEW, die Tischrede mit dem Titel „Patent Policy and the Capitalisation of Patents.“ Er berichtete über die Möglichkeit der Bilanzierung von Patenten und die unterschiedlichen Perspektiven des Bilanzrechts von Finanzinstituten und von Unternehmen.

Dr. Patrick Beschorner, beschorner@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 05-61, Dirk Engel, Oliver Heneric: Do University Based Regions Really Attract Outside Entrepreneurs – The Case of the German Biotechnology Industry.

No. 05-62, Melanie Arntz, Stefan Boeters, Nicole Gürtzgen: Alternative Approaches to Discrete Working Time Choice in an AGE Framework.

No. 05-63, Volker Kleff: Capital Policy of German Savings Banks – A Survey.

No. 05-64, Ronald McKinnon: Exchange Rate or Wage Changes in International Adjustment? Japan and China versus the United States.

No. 05-65, Bernd Fitzenberger, Ralf Wilke: Using Quantile Regression for Duration Analysis.

No. 05-66, Bernd Fitzenberger, Astrid Kunze: Vocational Training and Gender: Wages and Occupational Mobility Among Young Workers.

No. 05-67, Laura Wichert, Ralf Wilke: Application of a Simple Nonparametric Conditional Quantile Function Estimator in Unemployment Duration Analysis.

No. 05-68, Alexander Spermann, Harald Strotmann: The Targeted Negative Income Tax (TNIT) in Germany: Evidence from a Quasi Experiment.

No. 05-69, Katrin Ullrich: Unterschiede zwischen Fiskal- und Geldpolitik und die Konsequenzen für eine Delegation.

No. 05-70, Friedrich Heinemann, Katrin Ullrich: Does it Pay to Watch Central Bankers' Lips? The Information Content of ECB Wording.

No. 05-71, Friedhelm Pfeiffer: Existenzgründungen: Ein Weg zur Beschäftigungsförderung?

No. 05-72, Tobias Schmidt: Absorptive Capacity – One Size Fits All? A Firm-level Analysis of Absorptive Capacity for Different Kinds of Knowledge.

No. 05-73, Jens Matthias Arnold, Katrin Hussinger: Exports versus FDI in German Manufacturing: Firm Performance and Participation in International Markets.

No. 05-74, Tereza Tykvova: Who Chooses Whom? Syndication, Skills and Reputation.

EXPERTENSEMINARE

- 22.11.2005 Deutschland ein Hochsteuerland für Unternehmen? Die Steuerlast von deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich
- 22./23.11.2005 Modernes Bond-Portfoliomanagement
- 24.11.2005 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung – Kompetenzreihe für den Mittelstand
- 7.12.2005 Bilanzpolitik in mittelständischen Unternehmen
- 26./27.1.2006 Auf den Punkt gebracht – Präsentationen professionell gestalten (Aufbauseminar)
- 2./3.2.2006 Mitarbeitereinsatz im Ausland – Arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtliche Chancen, Risiken und Gefahren
- 16./17.2.2006 Kommunikationsstrategien für Führungskräfte
- 22.2.2006 Beenden von Arbeitsverhältnissen
- 2./3.3.2006 Einführung Ökonometrie – eine praxisorientierte Einführung
- 7.3.2006 Mergers & Acquisitions – unter besonderer Berücksichtigung der Prozesse
- 8.3.2006 Beschäftigung ausländischer Forscher und Wissenschaftler
- 13.3.2006 Basistechniken I – Regressionsanalyse
- 14.3.2006 Basistechniken II – Zeitreihenmodelle

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
→ Expertenseminare

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Christian Rammer, Bettina Peters, Tobias Schmidt, Birgit Aschhoff, Thorsten Doherr, Hiltrud Niggemann

Innovationen in Deutschland – Ergebnisse der Innovationserhebung 2003 in der deutschen Wirtschaft

Mit diesem Band werden erstmals für Deutschland repräsentative Ergebnisse zum Einfluss von Innovationen auf die Rentabilität und das Beschäftigungswachstum der Unternehmen vorgestellt. Innovationen sind

ein wichtiger Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichem Erfolg von Volkswirtschaften.

Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand hängen wesentlich von der Fähigkeit der Unternehmen ab, neue Produkte zu entwickeln und

einzuführen sowie Produktions- und Dienstleistungsprozesse effizient zu gestalten. Dies gilt in besonderem Maße für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland.

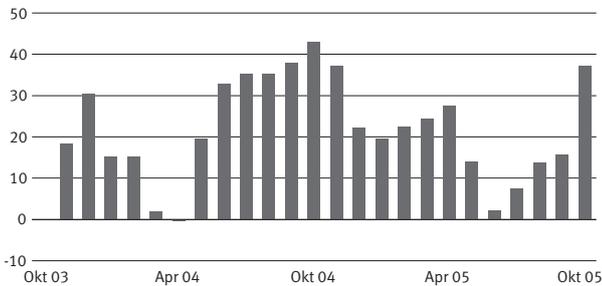
Zur Beurteilung von Innovationsaktivitäten und -hemmnissen der Unternehmen sind zuverlässige empirische Informationen notwendig. Auf deren Grundlage können Maßnahmen zur Verbesserung des Innovationsklimas getroffen werden. Die deutsche Innovationserhebung, die das ZEW jährlich durchführt, stellt solche Informationen bereit. Das Buch enthält die Ergebnisse der umfangreichen Befragung des Jahres 2003. Es präsentiert die Entwicklung des Innovationsgeschehens anhand einer Vielzahl von Indikatoren. Detailliert wird auf die Innovationsstrategien und das Innovationsmanagement der Unternehmen, ihre Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und die Bedeutung von Innovationshemmnissen eingegangen.

ZEW Wirtschaftsanalysen – Schriftenreihe des ZEW, Band 78, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2005, ISBN 3-8329-1461-7



DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober

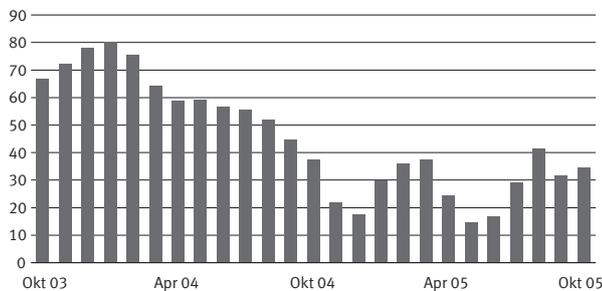


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinserhöhung zunehmend wahrscheinlicher

Der Ölpreis war die maßgebliche Ursache dafür, dass die Inflationsrate im Euroraum jüngst auf 2,6 Prozent gestiegen ist. Der Anteil der Experten, die auf Sicht der nächsten sechs Monate von einer Zinserhöhung ausgehen, hat sich vor diesem Hintergrund im Vergleich zum Vormonat mehr als verdoppelt. Nach 17 Prozent im September erwarten im Oktober 38 Prozent von ihnen einen solchen Schritt bis April nächsten Jahres. Die übrigen Experten gehen davon aus, dass sich die EZB mit ihrer Zinserhöhung noch mehr als sechs Monate Zeit lassen wird.

Volker Kleff, kleff@zew.de



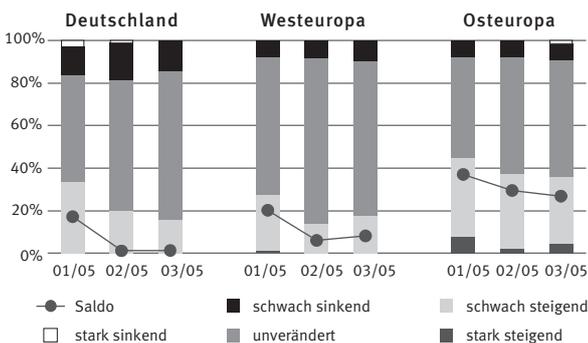
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Konjunktur im Euroraum: Experten zuversichtlicher

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Oktober leicht gestiegen. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage im Euroraum in sechs Monaten liegt nun bei +34,7 Punkten nach +31,8 Punkten im September. Zu dieser positiveren Einschätzung dürfte zum einen die weiterhin robuste Entwicklung der Weltwirtschaft beigetragen haben, zum anderen aber auch die Tatsache, dass der Ölpreis seinen Höchststand von 70 US-Dollar pro Barrel inzwischen wieder verlassen hat.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Stagniert der konventionelle Schienengüterverkehr?

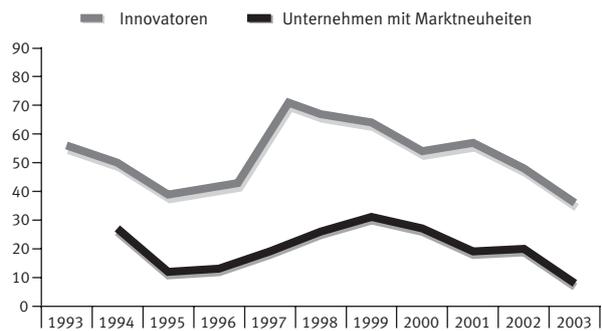


Quelle: ZEW

Seit Jahresbeginn 2005 nimmt in jedem Quartal der Anteil der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW zu, die mit einer unveränderten Mengen- und Preisentwicklung im Schienenverkehr auf Sicht von sechs Monaten rechnen. Im dritten Quartal 2005 gehen rund 60 Prozent der befragten Unternehmen aus der Verlager- und Transportwirtschaft von unveränderten Preisen aus und rund 70 Prozent von einer unveränderten Mengenentwicklung im Binnen- und Westeuropaverkehr. Lediglich in Richtung Osteuropa rechnet immerhin rund ein Drittel der Experten mit steigenden Aufkommen.

Georg Bühler, buehler@zew.de

Ernährungsgewerbe und Tabakindustrie: Innovatorenanteil weiter rückläufig



Quelle: ZEW

Im Ernährungsgewerbe und in der Tabakindustrie ist der Innovatorenanteil im Jahr 2003 zum wiederholten Mal so stark zurückgegangen wie in keiner anderen Branche des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland. Das liegt vor allem an der geringeren Innovatorenquote bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU): Während im Jahr 2002 noch 47 Prozent der KMU in dieser Branche erfolgreich Innovationen eingeführt hatten, ging diese Quote im Jahr 2003 auf 34 Prozent zurück. Dagegen blieb die Innovatorenquote bei den Großunternehmen mit 90 Prozent im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr konstant.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Fordern

So allmählich scheint sich die bei der Einführung des Arbeitslosengelds II (ALG II) in einschlägigen Kreisen aufgeflamnte Empörung darüber zu beruhigen, dass es der Staat wagt, sich nach der Bedürftigkeit der Bezieher von ALG II zu erkundigen. Immer noch wird verkannt, dass es sich beim ALG II nicht um eine Versicherungsleistung, sondern um einen Solidarbeitrag der Gesellschaft handelt. Nun aber droht den Hartz IV-Reformen neues Ungemach in Form von außerordentlich hohen zusätzlichen Finanzierungslasten. Hartz IV entwickelt sich nach Ansicht vieler Kommentatoren zum finanzpolitischen Fiasko, zum Fass ohne Boden.

Eine seriöse Einschätzung der Finanzierungslasten des ALG II müsste dessen Ausgaben mit denen vergleichen, die sich im Jahr 2005 ergeben hätten, wenn die alten Regelungen bezüglich Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe weiter bestanden hätten. Dabei ist die tatsächliche Arbeitsmarktentwicklung dieses Jahres zugrunde zu legen, bereinigt um Effekte, die ausschließlich auf das ALG II zurückzuführen sind. Eine solche „kontrafaktische“ Situation zu beobachten, ist logisch unmöglich und kann nur mit aufwändigen Methoden näherungsweise simuliert werden. Daher muss es hier hilfsweise bei einem bloßen Ausgabenvergleich bleiben.

Die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe, die aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren sind, beliefen sich im Jahr 2004 auf rund 19 Milliarden Euro. Die Ausgaben der Kommunen für die Bezieher der früheren Sozialhilfe, die nun ALG II erhalten, können für das vergangene Jahr in einer Größenordnung von etwas mehr als 10 Milliarden Euro angesetzt werden. Damit ergeben sich Ausgaben in einer ungefähren Höhe von rund 30 Milliarden Euro, die den Ausgaben für ALG II-Bezieher im Jahr 2005 gegenüber zu stellen sind. Nach bisherigen offiziellen Schätzungen seitens der Bundesregierung hätte sich im Jahr 2005 insgesamt eine fiskalische Entlastung von etwas mehr als 3 Milliarden Euro ergeben sollen. Nun aber stellt sich heraus, dass diese Schätzungen viel zu optimistisch angelegt waren. Allein schon die Anzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wird wohl Ende dieses Jahres mit knapp 5 Millionen Personen um

rund 2 Millionen höher liegen als seinerzeit veranschlagt. Das zusätzliche Ausgabenvolumen beläuft sich dann für den Bund auf mindestens 8 Milliarden Euro. Selbst unter Berücksichtigung einer gewissen Umverteilung der Finanzlasten von den Kommunen zum Bund (weil mehr erwerbsfähige Bezieher der bisherigen Sozialhilfe in das ALG II wechseln) gibt dieser Betrag zu Besorgnis Anlass.

Die Gründe für diese Fehlentwicklung müssen noch sorgfältig evaluiert werden, aber einige Vermutungen sind statthaft. Die Erwerbsfähigkeit ist beim ALG II sehr großzügig definiert, dass nämlich grundsätzlich täglich drei Stunden einer leichten Arbeit reichen. Als Folge wiesen die Kommunen eine hohe Anzahl von Sozialhilfeempfängern dem Bund als ALG II-Empfänger zu. Des Weiteren wurden die Regelsätze und Zuschläge beim ALG II nicht gerade knapp bemessen, anstatt sie weiter zu senken und im Gegenzug höhere Hinzuverdienstmöglichkeiten zu gewähren, so wie es seit geraumer Zeit seitens der Wissenschaft vorgeschlagen wurde, unter anderem vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Außerdem lädt die Konstruktion der „Bedarfsgemeinschaften“ geradezu zum Bezug des ALG II ein. Es genügt der tatsächliche oder fingierte Auszug des volljährigen Jugendlichen aus dem Elternhaus oder des unverheirateten Partners aus der gemeinsamen Wohnung, damit diese Personen einen Anspruch auf ALG II und gegebenenfalls Wohngeld erwerben können, anstatt dass erst einmal Eltern beziehungsweise Partner mit ihrem Vermögen in die Pflicht genommen werden. Ohnehin ist ein gewisser Mentalitätswandel bei den Betroffenen nicht von der Hand zu weisen. Den Gang zum Sozialamt anzutreten, schämte man sich früher, nicht aber, jetzt bei der Arbeitsagentur vorzusprechen.

Die neue Bundesregierung steht mithin vor der Aufgabe, das „Fordern“ beim „Fördern und Fordern“ weitaus stärker zu betonen und konsequent durchzusetzen, beispielsweise die Solidarität der Familie einzufordern und Sanktionen bei Arbeitsunwilligkeit anzuwenden.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2005